

# ISOR aktuell

Mitteilungsblatt  
der Initiativgemeinschaft  
zum Schutz der sozialen Rechte  
ehemaliger Angehöriger  
bewaffneter Organe und  
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Nr. 7/97 ★ Infopreis: 0,00 DM ★ Spenden willkommen ★ Juli 1997

Am 14. und 15. Juni 1997 fand satzungsgemäß die Zweite Vertreterversammlung von ISOR e.V. statt, an der 187 gewählte Vertreter aus den 180 TIG teilnahmen. Aufgabe der Versammlung war:

- Berichterstattung über die Arbeit des Vorstandes seit 1993,
- Beratung der Aufgaben und Entwicklungslinien des Vereins für die kommenden Jahre sowie
- Neuwahl des Vorstandes und der Revisionskommission.

Die Versammlung faßte die Aufgaben in einer, die Aussagen der Willenserklärung vom November 1996 bekräftigenden, einstimmig angenommenen Entschließung zusammen.

## Mit Optimismus vorwärts!

**Solidarität jetzt erst recht** – das war der Tenor, der sich wie ein roter Faden durch die Vertreterversammlung unseres Vereins am 14. und 15. Juni zog. Der Bericht des Vorstandes, 12 Diskussionsredner aus den TIG sowie die Gäste brachten einhellig zum Ausdruck: Es geht in der gegenwärtigen Situation im besonderen darum, die Solidarität unter allen bisher und weiterhin vom Rentenstrafrecht, aber auch mit allen vom weiter zu erwartendem Sozialabbau Betroffenen zu stärken.

Der Vorstand konnte in seinem Bericht eine gute Bilanz ziehen. ISOR e.V. ist auf 25.000 Mitglieder angewachsen. Unser Handeln ist durch Zielstrebigkeit und Entschlossenheit im politischen und juristischen Vorgehen geprägt. Akzeptanz und Ansehen der ISOR haben erheblich gewonnen. Viele unserer Aktionen haben im Zusammenwirken mit anderen Verbänden, das wurde ausdrücklich hervorgehoben, Wirkung gezeigt. Ein Satz des Berichtes drückt das treffend aus: Die Bilanz der zurückliegenden vier Jahre ISOR-Tätigkeit kann sich sehen lassen. Aber, und das ist eine wichtige Schlußfolgerung: Wir kommen nur weiter voran, wenn wir unentwegt aktiv bleiben. Als Hauptfeld dazu ist unser politisches Wirken gefragt.

Als außerordentlich wirkungsvoll konnte der beschrittene juristische Weg skizziert werden, der entscheidend zu den bisherigen Änderungen des AAÜG beigetragen hat. Annähernd 8.500 Mitglieder werden in fast 20.000 Verfahren vom Anwaltsbüro vertreten. Das ist bisher einmalig. Es ist schon so, wie es im Bericht des Vorstandes gesagt wurde: Die zentrale Prozeßführung und die zahlreichen Hinweise in „ISOR aktuell“ haben zu einer einzigartigen Bündelung von Kenntnissen und Erfahrungen geführt, ohne die mancher unserer bisher erreichten und künftig erzielbaren Erfolge undenkbar wären. Alle Diskussionsredner bestätigten das in eindrucksvoller Weise.

Es war geradezu selbstverständlich, daß vor allem die Beiträge des Rechtsanwalts Mark Schippert und von Prof. Axel Azzola mit

großer Zustimmung aufgenommen wurden. Erneut wurde deutlich, daß sie täglich Solidarität mit den Betroffenen üben und fest an unserer Seite stehen. Das macht stolz und zuversichtlich und auch darauf baut sich unser Optimismus auf. Ihr Appell, Fragen des Renten- und Versorgungsrechts zum Gegenstand des bevorstehenden Wahlkampfes zu machen und nur denen unsere Stimme zu geben, die für Gerechtigkeit auf

### Zitat des Monats

„Ich hätte es gern,  
wenn die Ostdeutschen  
ein bißchen  
frecher würden.“

Günter Gaus  
bei einer Buchlesung in Neubrandenburg.

diesem und anderen Gebieten eintreten, wurde verstanden.

Zustimmung fand auch Dr. Martina Bunge, die die prinzipielle Position der PDS zu Renten- und Versorgungsgerechtigkeit begründete und die Forderung erhob, diesen Kampf durch politische Aktivitäten nach besten Kräften zu unterstützen. Mehrere Redner bekräftigten dies. Mit diesem Ziel, so arbeitete Prof. Wolfgang Edelmann heraus,

sind neue Aktivitäten besonders im Vorfeld sowie in Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu entwickeln. Als wichtig begründete Horst Strohschein (Strausberg) die Notwendigkeit, die Zusammenarbeit mit anderen Verbänden zu vertiefen, um unseren Kampf gemeinsam und entschlossener fortzusetzen. So lange widersprechen und prozessieren, bis das Rentenstrafrecht beseitigt ist, brachte es Walter Krüger (Güstrow) auf den Punkt. Siegfried Felgner (Schwerin) forderte ganz in diesem Sinne, alle Register des Protestes zu ziehen. Auch Fragen des Vereinslebens, der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung, der sozialen Betreuung kamen zur Sprache. Sie spielen eine zunehmende Rolle, wenn ISOR immer mehr zur Heimstatt der Mitglieder werden soll.

Die Vertreterversammlung strahlte insgesamt eine kraftvolle Atmosphäre des Optimismus, der Zuversicht und des Vertrauens aus. Im Wahlakt wurde das ebenso deutlich wie in der würdigen Verabschiedung der aus dem Vorstand ausscheidenden Mitglieder. Vor allem unserer bisherigen Vorsitzenden Astrid Karger gebührt herzlicher Dank und Anerkennung. In einer Zeit vielfältiger Diffamierung der ehemaligen bewaffneten Organe hat sie sich furchtlos und entschlossen an die Spitze gestellt. Eben solche Entschlossenheit dokumentierte der neugewählte Vorsitzende Horst Parton. Als ehemaliger Offizier der Volkspolizei gelobte er – selbst aus dem Rentenstrafrecht bereits entlassen – solange den Kampf zu führen, bis das Rentenstrafrecht vollständig beseitigt ist.

Ein Höhepunkt besonderer Art war der Auftritt des Ernst-Busch-Chores am ersten Konferenzabend. Vor allem die vorgetragenen Kampflieder, einst gesungen von Ernst Busch im Kampf um Frieden, Recht und Freiheit, riefen starke Emotionen hervor. Als Chor und Delegierte – alles gestandene Frauen und Männer – zum Abschluß gemeinsam das Arbeiterlied „Brüder zur Sonne zur Freiheit“ sangen, ging es jedem unter die Haut. Mit seiner Ausstrahlung von Optimismus und Solidarität, dafür sei dem Chor besonders gedankt, trug er auf eindrucksvolle Weise zum Gelingen der Vertreterversammlung bei.

Mit Optimismus und ungebrochenem Kampfgeist vorwärts! Solidarität jetzt erst recht!

Dr. Dietrich Richter



Anmeldung der gewählten Vertreter

## Entschließung der Vertreterversammlung der ISOR e.V. am 14. und 15. Juni 1997

Die Vertreterversammlung hat satzungsgemäß Bilanz über vier Jahre der Tätigkeit von ISOR e.V. gezogen.

Wir stellen fest:

1. Das erfolgreiche Wirken von ISOR e.V. für gemeinnützige Interessen hat zu einem ständigen Zustrom von interessierten Menschen geführt, die gegenseitigen Beistand und solidarische Hilfe in schwierigen Lebenslagen suchen. Der Verein umfaßt jetzt 25.000 Mitglieder.

2. Über die anfänglich unvermeidliche Konzentration auf juristische Schritte zur Überwindung des Rentenstrafrechts hinaus hat sich ein breites Feld des gegenseitigen Beistandes, der solidarischen Hilfe in schwierigen Lebenslagen, des Gedankenaustausches und eines geselligen Lebens entwickelt. Damit wird unseren Mitgliedern Hilfe zuteil, sich in den durch die Einheit Deutschlands entstandenen grundsätzlich veränderten Lebensumständen zurecht zu finden.

3. Durch die umfangreiche Förderung der Mitgliedschaft bei der juristischen Auseinandersetzung mit dem Rentenstrafrecht und beim Herantragen der sich darin widerspiegelnden Verstöße gegen die Neutralität des Sozialrechts, gegen Menschenrechte und gegen Verfassungsrecht an die nationale und internationale Politik hat ISOR e.V. gemeinsam mit zahlreichen anderen Interessenverbänden erfolgreich dazu beitragen können, einen großen Teil des Unrechts zu beseitigen, welches Alte und Kranke wegen ihres früheren Eintretens für die Deutsche Demokratische Republik, mit Strafe durch Rentenentzug belegt.

4. Im Wirken gegen noch fortbestehendes Rentenstrafrecht stand und steht ISOR e.V., getragen durch die Solidarität seiner Mitgliedschaft, fest an der Seite jedes einzelnen Mitglieds, insbesondere an der Seite der ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS gegen die die Herrschenden bisher abstrichslos am Unrecht in Gesetzesform festhalten.

5. In einer Situation fortbestehender poli-

tisch motivierter Vergeltung durch die im Bundestag herrschenden politischen Kräfte sind Hoffnung und Zuversicht der noch vom Rentenstrafrecht Betroffenen darauf gerichtet, daß das Bundesverfassungsgericht dem demokratischen und sozialen Rechtsstaat letztlich Geltung verschaffen wird.

In diesem Sinne macht sich die Vertreterversammlung die Willenserklärung der außerordentlichen Vertreterversammlung vom 23. November 1996 zu eigen.

Wir erklären unsere Entschlossenheit, mit allen zu Gebote stehenden politischen und juristischen Mitteln uns so lange gegen Rentenstrafrecht zur Wehr zu setzen, bis eine der Rentengerechtigkeit entsprechende Lösung für alle gefunden ist. Nahezu 8.500 anwaltlich vertretene ISOR-Mitglieder mit mehr als 19.000 Verfahren und mindestens noch einmal 5.000 Mitglieder, die vorerst noch ihre Verfahren selbst führen, sind Ausdruck dieses Willens.

Politische und juristische Entscheidungen müssen sich gegenseitig begleiten und ergänzen. Deshalb darf nicht nachgelassen werden, weiter bestehendes Rentenstrafrecht und die notwendige Regelung des Versorgungsrechts in persönlichen Schreiben an nationale und internationale Politiker, Gremien und Vereinigungen deutlich zu machen.

Auf allen Ebenen wollen wir die Wirkung unserer Öffentlichkeitsarbeit verstärken. Wir lenken die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf, daß die schrittweise Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse in Deutschland ebenso erfordert, auch eine Versorgung für die Bürger im Osten Deutschlands, in angemessener Weise vergleichbar den Versorgungsverhältnissen für die Bürger im Westen Deutschlands, zu regeln. In diesem Sinne unterstützen wir die in den Deutschen Bundestag eingebrachten Vorschläge der PDS und erwarten, daß auch andere politische Parteien, sich für berechnete Versorgungsansprüche der Ostdeutschen einsetzen.

Als selbst davon Betroffene stellen wir fest,

daß derzeit in Deutschland um die Erhaltung bewährter sozialer Sicherungssysteme gerungen und eine alle Parteien übergreifende Auseinandersetzung für oder gegen den Abbau sozialer Leistungen geführt wird. Jeder vernünftig denkende Mensch weiß, daß nichts verbraucht werden kann, was nicht durch der Menschen Arbeit geschaffen wurde. Auch Rente muß Lohn für Lebensarbeitsleistung bleiben. Zu dieser Leistung gehört aber auch Kinder gebären und erziehen, sich für ständig neue berufliche und gesellschaftliche Herausforderungen zu bilden, Kranke und Schwache zu pflegen. Dafür solidarisch einzustehen ist die Pflicht aller, die am gesellschaftlich erzeugten Reichtum teilhaben. Das sind nicht nur die abhängig beschäftigten Arbeiter und Angestellten, sondern auch die Beamten und Selbständigen und vor allem die Besitzer des großen Kapitals. In diesem Sinne unterstützen wir kritisch Vorschläge, die geeignet sind, menschlichen Gemeinsinn zu fördern. Wir wenden uns entschieden gegen alle Vorstellungen, die Menschen aus der Verpflichtung für die Gemeinschaft entlassen und auf egoistische Eigeninteressen lenken.

In Sinne dieser Entschließung rufen wir alle Mitglieder und darüber hinaus Sympathisanten auf:

- Schließt Euch noch fester in der Solidargemeinschaft zur Hilfe in schwierigen Lebenslagen zusammen.
- Erhebt Eure Stimme öffentlichkeitswirksam und erneut gegenüber dem Petitionsausschuß, allen verantwortlichen Politikern in Bund und Ländern und international, damit sie unüberhörbar bleibt vor allem in Zeiten, in denen wieder einmal der Stimmzettel zählt.
- Setzt den juristischen Kampf fort, bis das Rentenstrafrecht für jedermann überwunden ist.
- Helft mit Eurem Wissen und Eurer Erfahrung allen, die sozialer Ungerechtigkeit ausgesetzt sind und deren Interessen gegen Sozialabbau verteidigt werden müssen.

### Vorstand:

#### Vorsitzender:

Horst Parton, Cottbus

#### Stellvertretende

##### Vorsitzende:

Prof. Dr. Wolfgang Edelmann, Potsdam

Dr. Peter Fricker, Berlin

#### Schriftführer:

Christel Hennig, Berlin

#### Kassenverwalter:

Werner Zimmermann, Berlin

#### Mitglieder:

Dr. Gerhard Dylla, Berlin

Bernhard Geier, Berlin

Prof. Dr. Rolf Gruner, Berlin

Horst Hartrampf, Neustrelitz

Siegfried Jesse, Berlin

Joachim Karlick, Dresden

Dr. Dietrich Richter, Stralsund

Edeltraud Sarge, Berlin

Klaus Schröter, Berlin

Prof. Dr. Werner Wunderlich, Berlin

Berlin

#### Revisionskommission:

Dietrich Kaiser, Berlin

Paul Nimz, Berlin

Joachim Piller, Berlin

Karl-Heinz Schwarzeit, Berlin

### Vom Vorstand wurden in den Beirat berufen:

Prof. Dr. Horst Bischoff, Berlin

Prof. Dr. Helmut Eck, Potsdam

Hans-Peter Ecke, Suhl

Werner Feigel, Chemnitz

Siegfried Felgner, Schwerin

Gerhard Gudopp, Berlin

Walter Hande, Gera

Wolfgang Henter, Leipzig

Johann Klatt, Rostock

Siegfried Korth, Magdeburg

Hans Luleich, Halle

Walter Menz, Tambach-Dietharz

Gerhard Müller, Neustrelitz

Walter Neubauer, Saalfeld

Wilfrid Rieckhoff, Frankfurt/Oder

Gerd Röseberg, Cottbus

Charlotte Staudte, Dresden

Helmar Tietze, Strausberg

★

Die Vorstände der TIG können bis zum 29. August 1997 noch weitere Mitglieder für den Beirat vorschlagen.

## In der Diskussion sprachen

die Gäste Dr. Martina Bunge, Mitarbeiterin der Bundestagsgruppe der PDS, Rechtsanwalt Mark Schippert und Prof. Dr. Axel Azzola sowie die Teilnehmer der Konferenz Charlotte Staudte, Dresden; Horst Strohschein, Strausberg; Astrid Karger, Berlin; Siegfried Korth, Magdeburg; Walter Krüger, Güstrow; Siegfried Felgner, Schwerin; Prof. Dr. Wolfgang Edelmann, Potsdam; Kurt Pawelzig, Grimmen; Klaus Moni, Berlin; Frieder Rosada, Wismar; Werner Feigel, Chemnitz; Hans Gödicke, Gräfenhainichen.

Auf die Veröffentlichung von Auszügen aus dem Bericht des Vorstandes verzichteten wir. Der Text des Referats kann von interessierten TIG-Vorständen in der Geschäftsstelle angefordert werden.

## Nachfolgend Auszüge aus einigen Diskussionsbeiträgen:

Die Diskussion eröffnete **Charlotte Staudte, Dresden**, deren Ausführungen die Entwicklung der TIG in den letzten Jahren verdeutlichten. Sie gab im Namen der Dresdener Vertreter dem Bericht des Vorstandes die Zustimmung und dankte Prof. Azzola und den Rechtsanwälten Bleiberg und Schippert, „daß Sie sich an die Seite der ausgegrenzten, diskriminierten und kriminalisierten Angehörigen der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR gestellt haben. Ihrem Einsatz ist es mit zu danken, daß wir mit der 3. Änderung des AAÜG einen Teilerfolg erreichen konnten. Wir sehen deshalb in der nächsten Zeit unsere vorrangige Aufgabe darin, dafür Sorge zu tragen, daß die betreffenden ISOR-Mitglieder ihren abgegebenen Bereitschaftserklärungen auch gerecht werden.“

Sie betonte den Willen der TIG Dresden, den Verein durch die Gewinnung neuer Mitglieder weiter zu stärken. Es genüge nicht, einmal im halben Jahr den Beitrag zu kassieren und regelmäßig „**ISOR aktuell**“ zu verteilen. Sie berichtete, über die Bemühungen, den Zusammenhalt zu fördern. Die Umsetzung begann mit Hilfe eines tschechischen Freundes mit Fünf-Tagefahrten in das Altwatergebirge und setzt sich dank der Initiative eines Mitgliedes ab Oktober und im nächsten Jahr mit gemeinsamen Fahrten in ein neues Objekt fort. Ein anderes Mitglied vermittelte den Kontakt zu einem ungarischen Reisebüro, so daß den Mitgliedern preisgünstige Reisen nach Ungarn angeboten werden können.

Charlotte Staudte berichtete, daß die TIG zweimal im Jahr Mitgliederversammlungen durchführt und dankte Wolfgang Edelmann für seine aktive Unterstützung bei der thematischen Gestaltung.

Die zweite Mitgliederversammlung wird als geselliges Beisammensein durchgeführt, was die Zustimmung der Mitglieder findet.

Zu den Aktivitäten der Dresdener TIG konnte sie weiter berichten: „Seit Ende 1996 haben wir, wenn ich mal so sagen darf, einen 'Offizier für Freud und Leid'. Er veranlaßt, daß unseren Mitgliedern zu runden Geburtstagen über den MDR gratuliert wird. Er gewährt, wenn gewünscht, auch Hilfe und Unterstützung bei Todesfällen. Wichtig erscheint uns auch, daß ehemalige Kollegen einen Verstorbenen auf seinem letzten Weg begleiten. Aber auch Alten und Kranken gewähren unsere Mitglieder in vielfältiger Form Hilfe und Unterstützung. Solidarität üben wir ... auch mit den ehemaligen Mitsreitern, die durch Gerichtsverfahren kriminalisiert und ins soziale Abseits gestoßen werden sollen. Zwischen der TIG Dresden und der TAG der GRH besteht ein gutes Zusammenwirken. So haben wir die GRH durch eine Geldsammlung zur Lösung von Härtefällen unterstützt. Darüber hinaus geben wir Angeklagten durch die Teilnahme an Gerichtsverhandlungen moralische Unterstützung.“

Weiter berichtete sie, daß die TIG Dresden seit 1994 am Runden Tisch der Senioren mitarbeitet, anerkannt und ihre Meinung gefragt sei. „Über den Runden Tisch erhielten wir die Möglichkeit, mit einem Stand zum 5. Deutschen Seniorentag in Dresden präsent zu sein. Auch wenn wir keine übertragenden Erfolge zu verzeichnen hatten, Interessenten gab es genug, und vielleicht findet dieser oder jener noch den Weg zu ISOR. Auf jeden Fall haben wir ISOR öffentlich gemacht, auch in den alten Bundesländern. Und das ist schon etwas wert.“

Zu den dargelegten Ergebnissen gehört auch, – dem Beispiel der TIG Chemnitz folgend – die Herausgabe eines eigenen Mitteilungsblatts, um jedes Mitglied besser zu erreichen und allen „deutlich zu machen daß sowohl die Kassierer als auch die Funktionäre jederzeit für ihre Probleme ansprechbar sind. Fakt ist doch, daß an der Basis entschieden wird, ob es den Herrschenden gelingt, uns zu entsolidarisieren. Deshalb kommt der Wirksamkeit der TIG große Bedeutung zu.“

Rechtsanwalt **Mark Schippert**, dankte persönlich und im Namen seines Sozius Dr. Bleiberg für die Einladung zur Vertreterversammlung und führte u.a. aus:

„Trotz der noch verbleibenden rentenrechtlichen Bestrafung soll man das AAÜG-ÄndG auch als positives Zeichen auffassen. Als positives Zeichen insbesondere, soweit es ganz maßgeblich durch den Druck – den politischen und den justizinstanziellen ... erreicht werden konnte. Es konnte erreicht werden durch eine Vielzahl von Klagen – wir vertreten derzeit fast 9.000 Mandanten in dieser Sache – daß der Gesetzgeber, eine teilweise Aufhebung der Rentenkürzung beschlossen hat. Wir sollten uns alle darüber klar sein, daß dies

eigentlich in der Regierungskoalition nicht der mehrheitlichen Auffassung entspricht. Ich bin überzeugt davon, es liegt auch an Ihnen, bei der nächsten Wahl Änderungen herbeizuführen. ...Es gibt viele, die sich auf diesem Gebiet auskennen, die mir zu verstehen geben, daß mit wenigen hunderttausend Stimmen die nächste Bundestagswahl für die Opposition oder für die Regierung entschieden werden kann. Deshalb ein ganz besonderer Appell, in der Arbeit der nächsten Monate auch die zu wecken, die bislang aus Enttäuschung oder aus anderen Gründen nicht zur Wahl gehen wollten. Es ist nicht mehr lange hin und es sollten alle motiviert werden: Jeder nehme einen mit und wähle eine Partei der Opposition.“

Der Redner ergänzte die im Bericht des Vorstandes getroffenen Aussagen über die im Vorjahr erzielten Ergebnisse und Teilerfolge in rentenrechtlichen Fragen und gab ein Bild von dem enormen Anstieg der Verwaltungsarbeit, die sich aus der Flut eingehender Entgelt-Änderungsbescheide ergibt. Er hob hervor, daß parallel dazu die Arbeit an 20.000 Fällen in vier Verfahrensstufen weitergeführt werde.

Das sei nur möglich dank des hohen Engagements der Mitarbeiter des Anwaltsbüros.

Seinen herzlichen Dank sprach Rechtsanwalt Schippert den – wie er es ausdrückte – „geistigen Vätern des Kampfes gegen das Rentenunrecht“ Prof. Dr. Axel Azzola und Prof. Dr. Wolfgang Edelmann aus.

Ebenso den scheidenden Mitgliedern des bisherigen Vorstandes, namentlich Prof. Dr. Willi Hellmann. Er dankte auch den Mitarbeitern im Rechtsanwaltsbüro Frau Gerda Tschirch, Frau Anita Richter und Herrn Peter Ott für die Bewältigung der bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gehenden Arbeit.

Weiter führte er aus:

„Die vom Änderungsgesetz positiv Betroffenen haben ihre Solidarität und ihren Dank auch dadurch bewiesen, daß sie die nun gestellten Anwaltsgebührenrechnung umgehend bezahlt haben. Sie werden sicherlich verstehen, daß diese Einnahmen auch Motivation und Stärkung für uns bedeuten, und wir bitten auch diejenigen, auf die solche Rechnungen noch zukommen, uns diesbezüglich entgegenzukommen.“

Ich möchte an dieser Stelle auch um Verständnis bitten, daß wir nicht immer alle Fragen am selben Tag beantworten können. Wir haben nur eine begrenzte Anzahl an Telefonleitungen. Vielleicht eine organisatorische Bitte des Büros: Wenn Sie den Mitgliedern, die Sie hier vertreten, sagen können, daß es sehr hilfreich ist, wenn sie ihr jeweiliges Aktenzeichen, daß von uns für ihren Fall vergeben worden ist, am Telefon gleich bekanntgeben.

Fortsetzung auf Seite 4

## Fortsetzung von Seite 3

Ihre Anfrage wird schneller bearbeitet und es ist Platz in der Leitung für den nächsten Anrufer."

Der Redner schloß mit den Worten: „Vor allem wünsche ich Ihnen und uns, daß wir gemeinsam den Erfolg und die Befriedigung durch eine positive Entscheidung durch das Bundesverfassungsgericht und der daraus notwendigen gesetzlichen Änderung erreichen.“

**Horst Strohschein, Strausberg**, berichtete u.a. über die Erfahrungen seiner TIG: „Wir arbeiten schon seit geraumer Zeit im sozialen Bündnis der Strausberger Vereine mit. Hier geht es um die breite Palette der sozialen Probleme, Miete, Abwasser usw. Auch hier finden unsere Vertreter Gehör, und wir möchten diese Arbeit nicht missen. Ein ISOR-Mitglied arbeitet als Vorsitzender der territorialen Arbeitsgemeinschaft der GRH. In der einstigen »Hauptstadt der Nationalen Volksarmee«, wie sich Strausberg ja nannte, haben wir natürlich gute Kontakte zu den Bürgervereinen und -bünden, getreu der Tatsache, »sie waren ja alle bei der Fahne«. Das hilft uns auch, gemeinsame Veranstaltungen zu gestalten, wie im vergangenen Jahr mit Vertretern des Brandenburger Landtages aus der PDS, mit Dr. Bauer von der GRH und Klaus Feske vom Solikomitee.

Kürzlich haben wir unser erstes Vereinsfest mit guter Beteiligung durchgeführt. Kudeldaddeldu, vom Fernsehen bekannt, hat uns eine ausgezeichnete linke Stimmung zu Sozialproblemen dargelegt. Ich glaube, der Anfang in dieser Richtung wurde gemacht. Wir wollen weitermachen und auch im Vereinsleben weitere Akzente setzen.

Die Begleitung der erforderlichen Aktivitäten, die sich aus der partiellen Aufhebung des Rentenstrafrechtes ergeben, sind auch bei uns angelaufen. Das Schreiben von persönlichen Briefen werden wir sorgfältig weiterführen. Der gute Kontakt zur Mitarbeiterin der Bundestagsgruppe der PDS, Dr. Martina Bunge, ist für unsere Arbeit wesentlich von Erfolg. Dem noch ausstehenden Urteil des Bundesverfassungsgerichtes sehen wir gelassen entgegen, hat doch gerade das BVG oftmals für Überraschung und oftmals für Enttäuschung gesorgt.“

Abschließend stellte Horst Strohschein fest: „ISOR aktuell“ ist in letzter Zeit wirklich aktueller geworden. Das findet unsere Zustimmung. Sie soll doch keinesfalls zum operativen Sammelbericht werden, wie wir als Soldaten gesagt haben, aus meiner Sicht geht es um problematische Gedankenaustausche, wie man Probleme löst. Wir werden dazu unseren Beitrag leisten.“

Er würdigte die ausscheidende bisherige Vorsitzende Astrid Karger, daß sie „den Mut hatte, in schwerer Zeit als Vorsitzende

unserer Initiativgemeinschaft zu fungieren, wozu damals kein Mann den Mut brachte. Inzwischen sind die Männer auch wieder mutiger geworden. ... Du hast hervorragenden Anteil am Aufbau von ISOR.“

Die scheidende Vorsitzende **Astrid Karger** dankte mit bewegten Worten dem Vorstand und allen Mitgliedern für die Unterstützung, die ihr zuteil wurde. Nur so sei es ihr möglich gewesen, ihre Funktion auszuüben und zugleich ihren familiären Pflichten nachzukommen. Sie versicherte, daß sie weiter in der ISOR aktiv bleiben und sich vor allem um jüngere Mitglieder und Frauen in unseren Reihen kümmern werde. Rückblickend schloß sie ihre Ausführungen: „ISOR hat ein Stück Geschichte geschrieben, und an dieser Geschichte war ich beteiligt, und darauf bin ich persönlich auch sehr stolz.“

**Walter Krüger, Güstrow**, gab seiner Betroffenheit darüber Ausdruck, daß er mit 61 Lebensjahren durch die bundesdeutsche Gesetzgebung vom Arbeitsleben ausgegrenzt sei. Im Hinblick auf den zunehmenden Sozialabbau hielt er fest. „Es schmerzt sehr, als Ostdeutscher im täglichen Leben Demütigungen vieler Art ertragen zu müssen und es ist fatal, mit einer widerrechtlich gekürzten Rente seinen Unterhalt zu bestreiten. Diese Bundesrepublik, wie sie sich zur Zeit darstellt, entspricht nicht meiner Auffassung vom vereinten Deutschland.“

Walter Krüger berichtete über die Erfahrungen der TIG Güstrow, gemeinsam mit den territorialen Verbänden und Vereinen gegen jegliches soziales Unrecht aufzutreten. „Auf unserer Mitgliederversammlung im Mai haben wir die Position für die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechtes bestimmt. Bei allem Fortschritt der Inkraftsetzung des novellierten AAÜG bleibt das Gesetz ein Rentenstrafgesetz. Unsere Auffassung, als geschlossene TIG handelnd, ist: So lange widersprechen und protestieren, bis das Rentenunrecht endgültig beseitigt ist. Solidarisch ringen wir um Rentengerechtigkeit für jedermann. Aber damit alleine ist noch kein weiterer Erfolg gesichert. Gegen dieses soziale Unrecht aufzutreten zwingt, sich stärker politisch gegen jegliche soziale Ausgrenzung einzusetzen. Das erfordert, sich mehr denn je im Territorium in Verbundenheit mit anderen Vereinen und Verbänden, den Kontakt zu Parteien und Ämtern zu suchen und auch zu halten. Wir haben das in den letzten 2 Jahren sehr massiv praktiziert und sind recht gut dabei gefahren. Schwierigkeiten bereitet uns die CDU, die lehnt jeden und jeglichen Kontakt mit uns ab. An unserer Mitgliederversammlung im Monat Mai war die Bundestagsabgeordnete Frau Christel Deichmann zu Gast. Auf unsere Frage, warum sie denn dem Rentenstrafrecht zugestimmt habe, erklärte sie, heute sei man klüger. Dieses Gesetz in seiner Gesamtheit zu verändern, werde auch eine

Aufgabe der SPD sein mit Übernahme der Regierungsmacht. So erklärte sie das. Wir nehmen sie beim Wort, so ist ihr unmißverständlich gesagt worden.

Einen guten Draht haben wir zum Landrat, der Mitglied der SPD ist, der sich für die Unterstützung unserer TIG in allen Fragen ausgesprochen hat. Er war auch bei uns bereits auf einer Versammlung und hat sich sehr locker und ohne Berührungsängste gezeigt.

Unsere TIG ist bis gegenwärtig personell und organisatorisch stabil, keine Abgänge, sondern weiterer Zulauf an Mitgliedern.“

Mit regelmäßigen Beiträgen in der Presse trete die TIG an die Öffentlichkeit. „Auch im nunmehr siebenten Jahr der deutschen Einheit als ISOR-Mitglied überall selbstbewußt aufzutreten – das entscheidet mit über den endlichen Erfolg unserer Tätigkeit“, schloß der Redner.

**Prof. Dr. Azzola** betonte, daß er der Diskussion sehr gerne zuhören und hob dabei den Riesenunterschied zwischen der Situation der Vertreterversammlung 1992 und dort geäußerten tiefen Zweifeln hervor, die von Dresden geäußert wurden und der jetzigen Atmosphäre. „Das ist kein Vorwurf“, meinte er, „das waren eben die Tatsachen, die damals bestanden und nun sieht man, daß die Arbeit von ISOR Frucht getragen hat für die Menschen, für ihr Leben und damit auch für ein Stück politische Zukunft.“ Er hob hervor, daß es in erstaunlichem Maße gelungen sei, und er fügte hinzu, ausschließlich in der ISOR, die notwendige politische Arbeit und die fachliche Beratung zu einer Einheit zu bringen.

Er selbst habe, so bemerkte Prof. Azzola weiter, viel lernen müssen, z.B. daß er in bezug auf die politische Arbeit der ISOR, die komplizierten Gesichtspunkte verfassungsrechtlicher Art, von deren Beachtung doch unser Erfolg abhängt, in ganz anderer Weise, in einer ganz neuen Sprache im Osten erzählen mußte, damit sie verstanden werden konnten. „Es war keine Selbstverständlichkeit, daß das gut ging. Aber ich bin ganz sicher, es war sehr vorteilhaft, daß das gut ging. Und dazu hat jeder auf seine Weise das getan, was er tun konnte“, fügte er hinzu.

An Astrid Karger gewandt, dankte er ihr ganz herzlich für ihre Tätigkeit, ja für den Mut, die Position der ersten Vorsitzenden dieses neu gegründeten Vereins zu übernehmen. „Das sollte hier niemand vergessen“, unterstrich er. Er wünschte den aus dem Vorstand scheidenden Astrid Karger und Willi Hellmann von Herzen alles Gute.

„Es war mir immer ein Vergnügen“, meinte er wörtlich, mit Wolfgang Edelmann und Willi Hellmann die juristischen Strategien zu entwerfen, die sich als solide erwiesen haben. „Da danke ich dem Realismus, der

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

von beiden immer in die Arbeit eingebracht worden ist."

Sie mußten auch, wie er weiter darlegte, „die schwierige Arbeit übernehmen, gegenüber dem Vorstand und der Mitgliedschaft zu sagen und sagen zu müssen, daß bestimmte, politisch gewiß wünschenswerte, Forderungen rechtlich nicht durchgesetzt werden können, weil wir eben auf dem Rechtsweg nur das verfassungsrechtlich gebotene Minimum erstreiten können, nie aber das politische Maximum“. Er wies in diesem Zusammenhang auf die politische Chance hin, die sich mit der Bundestagswahl 1998 für jeden ergibt, denn „500.000 Menschen entscheiden, so rum oder so rum. Und da bleibe niemand zu Hause“ und jeder müsse sich für Parteien entscheiden, die bereit sind, „konsequent die Interessen derjenigen zu vertreten, die durch die deutsche Einheit bisher einseitig und willkürlich benachteiligt wurden.“

„In absehbarer Zeit“, so knüpfte Prof. Azzola an seinen Gedanken zur Wahl 1998 an, „wird die sogenannte strafrechtliche Bewältigung der DDR-Vergangenheit verstärkt auf uns alle zukommen.“ Deshalb sollte man bei den Wahlkriterien auch die Frage nach Amnestien und auch die Frage nach dem strafrechtlichen Umgang mit Personen, die im Auftrage und im Dienste der DDR gehandelt haben, erheben. „In erster Linie,“ so verdeutlichte er, „denke ich im Augenblick an eine Amnestie für die Kundschafter.“ Er regte an, dieses Problem neben den Fragen des Rentenrechts auch in den Petitionsschreiben mit aufzunehmen.

Eine ganz andere Sache sei, wie er sich weiter äußerte, die Verurteilung von Straftätern, die eigentlich bereits in der DDR hätten bestraft werden müssen, weil ihre Handlungen im Sinne der Gesetze der DDR rechtswidrig waren und nicht der Strafverfolgung entzogen werden durften.

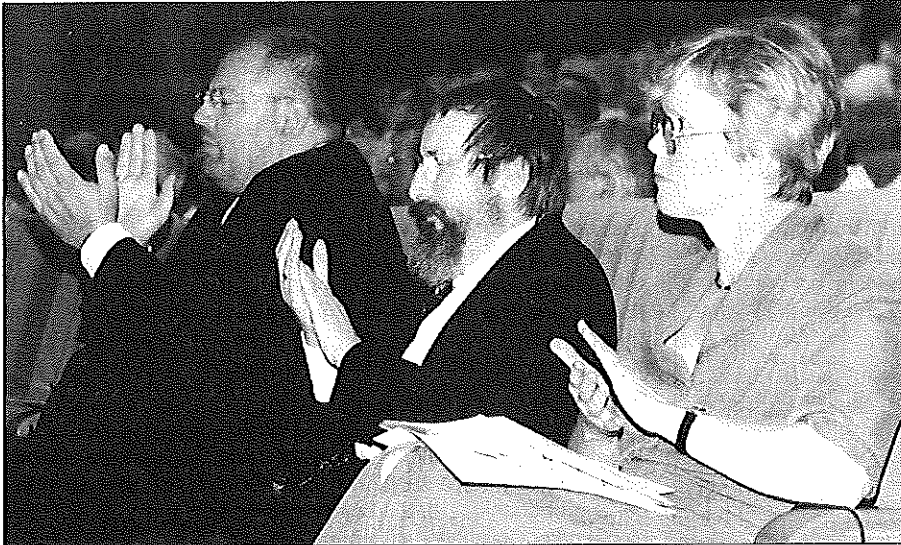
Resümierend betonte Prof. Azzola, daß es bei der Rente gelungen sei, zusammen mit dem Vorstand von ISOR hochgradig realistische Ziele anzupellen und sie mit der notwendigen Ausgewogenheit auf dem rechtlichen Wege zu verfolgen.

Siegfried Korth, Magdeburg, hob in seinem Diskussionsbeitrag hervor, daß der Bericht des Vorstandes eine Fülle von Anregungen enthalte, die es nun in die

Praxis umzusetzen gelte. ISOR-Arbeit, das sei vor allem Kleinarbeit, die von relativ alten Menschen geleistet werde.

Daraus ableitend, bezeichnete er es als vorrangig, „auch in Zukunft dafür zu sorgen, daß sich keine Resignation ausbreitet und daß vielmehr das Bewußtsein wächst: Es läßt sich etwas verändern, wenn genügend Leute mitmachen. Daher ist das Wichtigste die Erhaltung unserer Solidargemeinschaft.“

Im weiteren berichtete der Diskussionsredner über die Arbeit mit Protestschreiben und ging auf Probleme bei der Entwicklung



Gäste: Dr. Martina Bunge, Prof. Dr. Axel Azzola, Rechtsanwalt Mark Schippert

des Vereinslebens ein: „Vor allem müssen wir uns mehr kümmern um kranke Mitglieder und um solche, die allein sind und Hilfe brauchen. Wenn jemand stirbt, kann man ihn nicht einfach aus der Mitgliederliste streichen, sondern muß versuchen, den Angehörigen und Hinterbliebenen Hilfe zu leisten. Das alles muß natürlich für unsere Mitglieder machbar sein. Aber wir brauchen nichts Neues zu erfinden, sondern können uns auf die Erfahrungen der Volkssolidarität stützen, zu den wir gute Verbindungen haben“.

„Meine Arbeit als Kassierer in unserer TIG macht mir Freude“, meinte Klaus Moni, Berlin-Hohenschönhausen, „und wenn es gute Spenden gibt, ist das auch für mich ein Erfolgserlebnis.“

Er berichtete über seine Begegnungen mit CDU-Politikern wie Norbert Blüm und Rupert Scholz und setzte sich für eine gezieltere Öffentlichkeitsarbeit ein.

Persönlich und im Namen anderer TIG-Mitglieder dankte Klaus Moni den Mitarbeitern des Anwaltsbüros Bleiberg und Schippert: „Rechtsprechung ist nun einmal kein einheitlicher Prozeß und recht haben und Recht bekommen, ist zweierlei. Hätten wir unsere guten Anwälte nicht, würde so manches anders gelaufen sein.“

Klaus Moni ging auf die Vermittlung Gräfenhainicher Erfahrungen in ISOR 6/97 ein über das Deutlichmachen eintretender finanzieller Verluste für junge Mitarbeiter und betonte die Notwendigkeit, in der Aufklärung unter jüngeren ehemaligen Mitarbeitern stärker mit diesen Beispielen zu arbeiten.

Siegfried Felgner, Schwerin, drückte seine Genugtuung darüber aus, daß ISOR nach der Änderung des AAÜG im September 1996 „nicht nur nicht auseinandergedriftet ist, sondern sich weiterhin geschlossen in einem guten Fahrwasser befindet. Dank gebührt den Freunden aus der NVA, der Volkspolizei und allen anderen, die bei uns geblieben sind und unserer Solidarität die Treue halten; Dank auch den Verbänden und Vereinen, die weiterhin mit uns zusammenarbeiten.“

In der TIG Schwerin, so berichtete er, sei es gelungen, die anfängliche Resignation zu überwinden, die Stimmung zu stabilisieren und ein gesteigertes Protestverhalten in der Öffentlichkeit zu er-

reichen. Seit der Vertreterversammlung im November 1996 seien 25 neue Mitglieder aufgenommen worden, und seit der letzten ordentlichen Vertreterversammlung sei die TIG um ein Drittel auf nun 320 Mitglieder gewachsen.

Für den TIG-Vorstand stelle sich immer aufs Neue die Aufgabe, „mit diesen 320 Mitgliedern, deren Vertrauen wir besitzen, den Protest der immer noch Ausgegrenzten unüberhörbarer zu machen. Unsere Erfahrung besagt, daß das am wirksamsten gelingt, wenn wir uns mit anderen zu Aktionen in der Öffentlichkeit zusammenschließen. Dazu haben wir uns einiges einfallen lassen: Transparente, ein Schirm, ein Zelt, auf denen unser Vereinsname und die Forderung 'Gerechtigkeit' steht. Am 1. Mai und bei anderen Gelegenheiten setzen wir diese Dinge ein. Wir nutzen dabei auch 'ISOR aktuell', die Faltblätter und unsere 'Offenen Briefe'. Die Öffentlichkeit nimmt uns zur Kenntnis und wir haben auf diese Weise so manches neue Mitglied gewinnen können.“

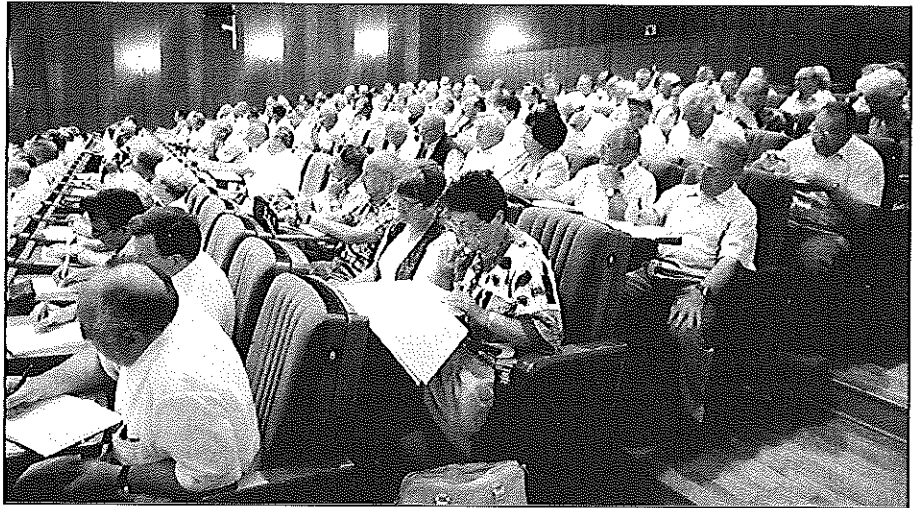
Siegfried Felgner legte die Schweriner Erfahrungen der Arbeit mit Konsultanten dar, die den Mitgliedern bei der Formulierung ihrer Protestschreiben, Petitionen und Beschwerden zur Seite stehen.

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Abschließend stellte er fest: „Wer hätte schon geglaubt, daß wir heute sagen können, die Mitgliederzahl ist nicht zurückgegangen, sondern vielmehr gewachsen! Nun sollten wir im Vorfeld der zu erwartenden Verfassungsgerichtsentscheidung noch einmal alle Register unseres öffentlichen Protestes ziehen. Anregungen dazu gibt es in jeder 'ISOR aktuell'.

Vergessen wir auch nicht, die verbündeten Vereine im Territorium zu motivieren, denn allein werden wir es nicht schaffen. Alle Vorstände sollten davon ausgehen, daß für die Masse der ISOR-Mitglieder das Erreichbare noch bei weitem nicht erreicht worden ist.“



Blick in den Konferenzsaal

### Aus dem Schlußwort des Vorsitzenden, Horst Parton

... Wir sind uns der Verantwortung und der Fülle der Aufgaben bewußt, die wir in der nächsten Zeit, insbesondere bis zur Her-stellung der Rentengerechtigkeit für jedermann, zu erfüllen haben. ...

Die Diskussion und Beiträge zu unserer Zweiten Vertreterversammlung haben eine Fülle von Erfahrungen und Anregungen für unsere weitere Arbeit beinhaltet, die der Vorstand einer gründlichen Auswertung unterziehen und um deren Umsetzung bemüht sein wird. ...

Ich war Angehöriger des Mdl und wurde 1990 „abgewickelt“. Mitglied der ISOR bin ich seit 1991. Ab 1997 wurde ich aus der Strafrente entlassen. Ich habe mir geschworen, so lange in der ISOR zu kämpfen, bis für alle das Rentenstrafrecht und das Versorgungsunrecht beseitigt ist. Das bin ich meiner Moral als ehemaliger Politoffizier der DVP und all denen gegenüber verpflichtet, die von Anfang an auch für mich um die Beseitigung des Rentenstrafrechts gekämpft haben und die selbst nach dem AAÜG-ÄndG noch immer weiter ausgegrenzt bleiben. ...

Auf die rasche Beseitigung

- des Rentenstrafrechts für alle ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS,
- die vollständige Beseitigung des Rentenstrafrechts für alle noch Betroffenen aus den Bereichen der ehemaligen NVA, der VP und der Zollverwaltung,
- die Beseitigung des Versorgungsunrechts in den nächsten Jahren und
- die weitere Festigung unserer Initiativgemeinschaft

müssen alle politischen und juristischen Aktivitäten verstärkt gerichtet werden.

Dazu ist es erforderlich, daß wir alle gemeinsam unsere Anstrengungen auf die Lösung folgender Aufgaben konzentrieren:

An erster Stelle steht die weitere Festigung und zahlenmäßige Stärkung

unserer Organisation. Ziel unserer Anstrengungen sollten Überlegungen sein, wie wir auf der Grundlage unserer Satzung und des bisher Erreichten Betroffene rentenferner Jahrgänge erreichen. Das wird uns um so leichter gelingen, wie wir diesem Personenkreis anhand seiner eigenen Rentenbiographie überzeugend nachweisen können, welchen Erfolg der Kampf in einer starken Organisation bringen kann. Wir sollten dabei auch bedenken, daß Jüngere ihre Probleme unter Gleichaltrigen besprechen wollen, also daß ihre Fragen teilweise anders gelagert sind, als die von Rentnern. Wichtig wird sein, geeignete und willige Mitglieder zu finden, die sich dieser Aufgabe annehmen. ...

2. Wir wissen aus Erfahrung, daß Politiker, staatliche Bürokratie, Petitionsausschüsse und andere Stellen dieses Staates nur dann gewillt sind, etwas zu ändern, wenn sie durch entsprechende Stärke gezwungen werden, zu reagieren. Daher sind eigene Initiativen auch von Betroffenen notwendig, deren Ansprüche jetzt nach AAÜG-Änderung verbessert sind, bis dieser Zustand für alle erreicht ist.

Der Weg wird noch lang – auch das Versorgungsrecht steht noch aus.

3. Die Zusammengehörigkeit, das Gefühl, füreinander da zu sein, muß weiter in bewährter Weise gepflegt werden. Diese Gesellschaft ist von großer Gefühlskälte behaftet. Beweisen wir, daß in unserer Organisation die Achtung vor dem Alter aufrechterhalten bleibt.

Auf dem „5. Deutschen Seniorentag“ in Dresden richtete Bundespräsident Roman Herzog wohlthuende Worte an Jung und Alt. Sie sollten sich im Miteinander üben. Was alte Menschen nur selten spüren, hörten sie wenigstens: Auf dem Abstellgleis einer Gesellschaft haben sie nichts zu suchen, in die Mitte gehören sie. Wie sie dahin kommen, wußte allerdings der Bundespräsident so genau nicht zu sagen.

Unsere TIG haben seit Bestehen von ISOR hervorragende Beweise der Zusammengehörigkeit geschaffen, sie sollten beibehalten und erweitert werden.

Jung und Alt in unserer Initiativgemeinschaft sollte mit dafür sorgen, daß nicht der Profit, nicht die Aktien, nicht der Euro und nicht die Goldreserven, sondern einzig und allein der Mensch in unserer Gesellschaft wieder das Maß aller Dinge wird.

Auch sollten wir uns den übernommenen, noch aktiven ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe in Polizei, Bundeswehr und Zoll zuwenden.

4. Die Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Organisationen hat vor Ort eine gute Basis. Sie mit unseren Impulsen zu stabilisieren und zu verbessern, muß Aufgabe aller Vorstände bleiben. Wir alle haben eine gemeinsame 40jährige Vergangenheit. Sie hat viel Hervorragendes bei den Menschen geschaffen. Wir sollten vielmehr daran messen – die Euphorie der Vereinigung hat Erhaltenswertes verschüttet. Es ist aber nicht so tief verschüttet, daß es nicht wiederbelebt werden kann.

5. Neben der Rentenproblematik dürfen wir auch nicht den Willen der Regierenden übersehen, die DDR juristisch zu kriminalisieren.

Nicht wenige unserer Mitglieder werden für ihre Tätigkeit in den bewaffneten Organen juristisch zur Verantwortung gezogen. Mit unsagbarem Aufwand werden Strafverfahren vorbereitet und durchgeführt.

Viefach trifft das auch frühere Wachtmeister und Soldaten. Prüft im Umfeld der TIG, welche Unterstützung sie benötigen. Sie brauchen unsere Begleitung wie auch ihre Vorgesetzten. Herr Schäffgen hat das Ziel vorgegeben, stellen wir uns mit Solidarität an die Seite der davon Betroffenen.

6. Teile und Herrsche – nicht nur Winston Churchills „erfolgreiche Maxime“ – scheint

Fortsetzung auf Seite 7

**Fortsetzung von Seite 6**

in unserem Land fröhliche Urstände zu feiern. Da werden die Eltern gegen die Lehrer, die Patienten gegen die Ärzte, die Postangestellten gegen die Kumpel oder umgekehrt ausgespielt. Und dieses Spielchen scheint kein Ende zu nehmen. Wer den Bonner Märchen vom teuren Standort Deutschland und den enormen Lasten der deutschen Einheit Glauben schenkt, dem entging, daß vom Arbeitslosen bis zum mittleren Beamten jeder in den letzten 15 Jahren bis zu 10 Prozent Realeinbußen hinnehmen mußte, während die wirtschaftsbestimmenden Unternehmen ihre Profite um 52 Prozent erhöhten, ohne nur eine müde Mark in neue Arbeitsplätze in Deutschland zu stecken.

Dieser Gewinn heckt nunmehr auf interna-

tionalen Kapitalmärkten noch mehr Profit. Daran ändern auch die vorgesehenen Reformen nichts, die immer nur zu Lasten der kleinen Leute gehen.

Im Gegenteil, so lange die Bonner Führungsriege das „Teile und Herrsche“ favorisiert, ist eine Umkehr nicht in Sicht. Der Raubbau geht munter weiter.

Nur zu einem Problem bemerkt: die „Dritte Stufe der Gesundheitsreform“ kostet den Rentner mehr als die letzte Dynamisierung von 5,55 Prozent, ganz abgesehen von der weiteren Inflation.

In unserer politischen Arbeit müssen wir uns gemeinsam mit den Verbänden auch diesen Fragen stellen.

Kein Neid gegenüber denen, denen es im Moment noch „besser“ geht.

Kein Mitleid, sondern aktive Solidarität mit allen, die weiter ausgegrenzt und an die soziale Untergrenze gedrängt werden.

Eine wesentliche Rolle sollte wie bisher die Solidarität mit den noch vom Rentenstrafrecht Betroffenen des ehemaligen MfS/AfNS spielen. Sie waren die ersten und am härtesten Betroffenen. Sie waren auch die ersten, die die Flut der Klagen eröffnet haben, also auch den Weg der massenhaften Proteste ausgelöst haben.

Jeder Angehörige der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der ehemaligen DDR sollte begreifen:

Wer heute seine aktive Solidarität verweigert, verspielt den persönlich erhofften Beistand, wenn er morgen selbst betroffen ist.

In diesem Sinne – packen wir es an!

## 5. Deutscher Seniorentag

Vom 9. - 11. Juni fand in Dresden der „5. Deutsche Seniorentag“ statt. Ausrichter war die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen unter Schirmherrschaft des Bundespräsidenten Prof. Roman Herzog.

Die TIG Dresden, seit 1994 Mitglied des „Runden Tisches der Senioren Dresden“ war aktiv in die Vorbereitung einbezogen, so daß Jochen Karlick, der regelmäßig an den Beratungen teilnahm, auch die Gedanken und Vorstellungen von ISOR mit einbringen konnte.

10.000 Senioren aus allen Teilen Deutschlands nahmen an diesem 5. Deutschen Seniorentag teil. Neben der Teilnahme an den verschiedensten Veranstaltungen, machten sie sich auch mit der Arbeit der Seniorenverbände der neuen Bundesländer bekannt, die in allen Foyers des Kulturpalastes Dresden ihren Stand hatten.

ISOR hatte einen hervorragenden Standort, gleich neben dem Haupteingang und als Nachbar des Seniorenverbandes der PDS, gegenüber dem Stand der Veranstalterorganisation. So kam es, daß sowohl der Bundespräsident, der Ministerpräsident Sachsens, der Familienministerin Frau Nolte und der 1. Bürgermeister Dresdens am ISOR-Stand vorbei mußten. Sicher war es für einige von ihnen ein Schock, ISOR e.V. in dieser Veranstaltung zu finden. Schon deshalb hat es sich gelohnt, an diesen drei Tagen präsent zu sein.

Wir können auch einschätzen, daß insbesondere am ersten Tag (die beiden anderen waren mit Veranstaltungen weitestgehend ausgefüllt) das Interesse für ISOR sehr groß war. Vor allem für die Senioren der alten Bundesländer war ISOR e.V. ein Buch mit sieben Siegeln. Sie zeigten sich jedoch interessiert, wollten Näheres wissen und nah-

men gern unsere Zeitung entgegen. Deutlich wurde in den geführten Gesprächen, daß in den alten Bundesländern nicht bekannt ist, daß hier ganze Personengruppen mit Rentenentzug bestraft werden. Einzelne Teilnehmer erklärten dazu, daß sie es für richtig halten, sich dagegen zu wehren und wünschten uns Erfolg in diesem Kampf.

In Gesprächen mit Vertretern anderer Verbände aus den neuen Bundesländern kam zum Ausdruck, daß sie in ihren Heimatorten eng und gut mit ISOR zusammenarbeiten. Nicht zuletzt konnte in diesen Tagen die bestehende Verbindung zum Bundeswehrverband Ost weiter gefestigt werden. Alles in allem war die Präsenz von ISOR auf dem 5. Deutschen Seniorentag in Dresden ein Erfolg, denn erstmalig wurden unsere Aufgaben und Ziele vor gesamtdeutschem Publikum öffentlich gemacht.

Charlotte Staudte, Joachim Karlick

### Prof. Dr. Wolfgang Edelmann:

## Anspruch auf Höherversicherung geltend machen!

Für viele unserer Mitglieder ist das Rentenstrafrecht seit dem 01. 01. 1997 wenigstens für die Zukunft beseitigt. Bei der Neuberechnung ihrer Renten wird das früher erzielte Gehalt bis zur Beitragsbemessungsgrenze berücksichtigt. Was aber wird mit dem Teil des Gehalts, der darüber hinausging? Auch dafür hat jeder Beiträge gezahlt, um Altersvorsorge zu leisten.

Nach dem in der BRD geltenden Recht ist Altersvorsorge für Berufsunteroffiziere und Berufsoffiziere gesichert als Pension. Wird diese auf die Dauer auch den früheren Angehörigen der NVA, der Volkspolizei und der Zollverwaltung verwehrt, so wird das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes schließlich verletzt. Bekanntlich hat die PDS-Bundestagsgruppe die Initiative ergriffen und einen Vorschlag für die Neuregelung einer zusätzlichen, über die normale Rente hinaus-

gehenden Versorgung unterbreitet.

Auch das Bundessozialgericht hat begonnen, sich mit solchen Fragen ernsthafter zu beschäftigen. Zunächst hatte es über Jahre hinweg die alleinige Überführung von Ansprüchen und Anwartschaften in die Rentenversicherung als „derzeit noch verfassungsgemäß“ beurteilt. In einem Beschluß vom 25. 03. 1997 hat das Gericht diese Übergangsperiode als nach seiner Auffassung am 31. 12. 1996 für beendet erklärt. Es hat außerdem in einer Reihe von Urteilen klargestellt, daß mehr als bis zur Beitragsbemessungsgrenze möglich, allenfalls vom Rentenversicherungsträger und nicht vom Versorgungsträger verlangt werden könnte.

Warum verweist das BSG auf die BfA, LVA, Bundesknappschaft, Seekasse und die Bahnversicherungsanstalt, wenn es um mehr als die Beitragsbemessungsgrenze geht? Eine

mögliche Antwort kann man finden, wenn man sich mit der freiwilligen Höherversicherung beschäftigt. Diese Einrichtung gab es bis zum Ende 1991 in der BRD für jedermann. Man konnte freiwillig zusätzliche Beiträge z.B. an die BfA bezahlen und erwarb damit einen Anspruch auf eine Zusatzrente aus dieser Höherversicherung. Der Vergleich mit der FZR liegt sehr nahe. Auch der Unteroffizier und Offizier, welcher aus den bewaffneten Organen und der Zollverwaltung der DDR ohne Versorgungsanspruch ausgeschieden ist, konnte für seine gezahlten Beiträge Zusatzrente aus der FZR erhalten.

Ende 1991 wurde zwar die Höherversicherung in der BRD grundsätzlich abgeschafft. Wer aber schon höherversichert war, behielt seinen Anspruch und kann diesen sogar

Fortsetzung auf Seite 8

## Fortsetzung von Seite 7

durch weitere Beitragszahlungen erhöhen. Wer vor dem 1. Januar 1942 geboren ist, kann sogar jetzt noch mit dieser Beitragszahlung beginnen. Vergleicht man dieses mit dem Ergebnis der bisherigen Überführung von Ansprüchen und Anwartschaften aus der FZR wie aus den Zusatz- und Sonderversorgungssystemen allein in der Rentenversicherung, wird die Ungleichbehandlung der Rentner in Ost und West offensichtlich. Für eine Übergangszeit mag Ungleichbehandlung hinnehmbar sein. Auf die Dauer nicht. Wir schließen uns der Auffassung des BSG an: Die Übergangszeit ist 1996 zu Ende gegangen. Anders als Streben nach

einer zusätzlichen pensionsähnlichen Versorgung dürfe das Streben nach Gleichheit bei der Bewilligung von zusätzlichen Zahlungen aufgrund der über die Beitragsbemessungsgrenze hinausgehenden Beitragszahlung der gerichtlichen Nachprüfung zugänglich sein.

Wir empfehlen deshalb, dann Widerspruch gegen den Rentenbescheid einzulegen, wenn auch nach dem AAÜG-ÄndG das früher tatsächlich erzielte Gehalt höher als die Beitragsbemessungsgrenze war. Jeder kann das für sich seinem nach dem AAÜG-ÄndG erhaltenen Entgeltbescheid ablesen.

Der Widerspruch kann wie folgt formuliert werden:

Absender	Datum
BfA 10704 Berlin	
Versicherungsnummer..... Ihr Bescheid vom	BKZ .....
Sehr geehrte Damen und Herren, gegen den obengenannten Bescheid lege ich	
<b>Widerspruch</b>	
ein.	
Der Widerspruch ist vor allem darauf gerichtet, zu erreichen, daß die im Bescheid des Versorgungsträgers ausgewiesenen und die Werte der Anlage 3 AAÜG überschreitenden Teile meines Arbeitsentgelts nach Maßgabe der Regelungen über die Höherversicherung (§§ 234, 269 SGB VI) berücksichtigt werden.	
Begründung: Nach den renten- und versorgungsrechtlichen Bestimmungen der DDR habe ich rechtmäßig einen Anspruch auf über die allgemeine Pflichtversicherung hinausgehende zusätzliche Versorgungsleistungen erworben. Die ausschließliche Überführung dieses Anspruchs in die Rentenversicherung habe ich für eine Übergangszeit nach der Herstellung der Einheit Deutschlands hingenommen. Ich stimme mit dem BSG überein, daß diese Übergangszeit am 31. 12. 1996 abgelaufen ist (Beschluß des BSG vom 25. 03. 1997 - 4 BA 129/96). Danach strebe ich die Wiederherstellung meines Anspruchs auf zusätzliche, über die Leistung der Rentenversicherung hinausgehende Altersversorgung an. Da ich für mein über die allgemeine Beitragsbemessungsgrenze hinausgehendes Arbeitsentgelt Beiträge in Höhe von 10% gezahlt habe und mein Arbeitgeber nochmals diesen Beitragssatz entrichtet hat, begehre ich die Anerkennung dieser Beitragsleistung als eine der freiwilligen Höherversicherung gleichgestellte Leistung. Mit diesem Begehren strebe ich Gleichstellung gem. Art. 3 GG mit den Teilnehmern an der freiwilligen Höherversicherung gem. § 11 AVG bzw. § 234 SGB VI an. Im Hinblick auf analoge Musterverfahren erkläre ich sogleich mein Einverständnis mit dem Ruhen dieses Verfahrens.	
Mit freundlichen Grüßen	

Wer gegen seinen neuen Rentenbescheid Widerspruch nicht mehr fristgemäß einlegen

kann, läßt die Eingangsformel weg und beginnt mit den Worten:

Hiermit beantrage ich gemäß § 44 SGB X die im Bescheid des Versorgungsträgers ausgewiesenen und ....

Wie im Widerspruch formuliert, sollen ausgewählte Musterverfahren zur Klage, Berufung, Revision und ggf. zur Verfassungsbeschwerde geführt werden. Darüber hinaus sollen ruhende Verfahren den Anspruch sichern, aus einer letztlich positiven Entscheidung Nutzen ziehen zu können.

Es ist nach der bisherigen Erfahrung wohl allen verständlich, daß die Musterverfahren von Rechtsanwältinnen geführt werden müssen.

Diesen sollte auch die entsprechende Auswahl überlassen werden. Auch die Hilfe unseres Freundes Prof. Dr. Axel Azzola wird

uns gewiß sein. Aber das heißt auch, daß die damit verbundenen Kosten selbst getragen werden müssen, auch für den Fall, daß wir auf diesem Wege nicht zum Ziel gelangen. Wir denken, dieses Problem läßt sich dadurch lösen, daß die Anwälte mit einer Kopie der ersten Seite des Rentenbescheides und des Widerspruchs bzw. des Antrages gemäß § 44 SGB X und unter Beifügung der üblichen Vollmacht informiert und gebeten werden, das Verfahren zu führen.

Die Mindestgebühr für die Führung eines solchen Verfahrens beträgt laut Auskunft

der Anwälte 300 DM. Dieser Betrag sollte den Anwälten als Vorschuß angeboten und gezahlt werden.



### Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

Johannes Adlung, Leipzig  
Ernst Amm, Suhl  
Bruno Braun, Templin  
Gertrud Buche, Rostock  
Rolf Dix, Gera  
Karl-Heinz Draband, Berlin-Treptow  
Gertrud Ellinger, Potsdam-Waldstadt  
Herta Engelmann, Nossen  
Paul Grundel, Aschersleben Staßfurt  
Karl-Heinz Gruner, Chemnitz  
Erwin Höge, Eilenburg  
Erich Höntsch, Angermünde/Meißen  
Helmut Hübsch, Erkner  
Lothar Illner, Berlin-Treptow  
Richard Kirchberg, Hettstedt  
Herbert Klabunde, Schwerin  
Günter Kriszunewicz, Berlin-Marzahn  
OMR Dr. med. Hans Lasch, Königsbrück  
Helmut Lutter, Potsdam Groß-Glienicke  
Joachim Martins, Berlin-Ho'hausen  
Wilhelm Milde, Potsdam-West  
Günter Pohle, Aschersleben  
Gerhard Remes, Berlin-Hoh'hausen  
Edith Rosenthal, Neubrandenburg  
Wolfgang Teßmer, Frankfurt/Oder  
Henry Tippmann, Chemnitz  
Wolfgang Wagner, Potsdam-Waldstadt  
Christa Zimmermann, Berlin-Treptow

### Ehre ihrem Andenken.

### IMPRESSUM

Herausgeber: Vorstand der Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V.

#### Bankverbindung:

Berliner Sparkasse  
Konto-Nr.: 171 302 0056  
Bankleitzahl: 100 500 00

#### Geschäftsstelle der ISOR e.V.:

Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin  
Telefon: (030) 29 78 43 15  
Fax: (030) 29 78 43 16  
Postanschrift: ISOR e.V.  
Postfach 70 04 23  
10324 Berlin

#### Sprechstunden:

Dienstag 9 bis 13 Uhr  
Mittwoch 9 bis 13 Uhr  
Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Werner Wunderlich  
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.  
Druck: Druckerei Paulick, 10405 Berlin

**Nicht wegwerfen! – Weitergeben! ★ ★ ★ Nicht wegwerfen! – Weitergeben!**